

## #Ehefueralle 25 Jahre Debatte sind genug

Gegenstand: Verschiedenes  
Anmerkungen: Beschluss

## #Ehefueralle 25 Jahre Debatte sind genug – es ist Zeit für eine Entscheidung!

31.5.2015

1 Seit weit über einem Jahrzehnt sagt eine Mehrheit in Deutschland Ja zum  
2 Eheschließungsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Im Bundestag und im Bundesrat  
3 unterstützt eine Mehrheit die Ehe für alle.

4 Merkel verschafft machtpolitisch mit der Union seit Jahren der diskriminierenden  
5 Minderheit ein faktisches Veto-Recht bei der Gleichstellung. Ins Feld führt sie dafür ein  
6 diffuses Unwohlsein: „Ich tue mich schwer mit der völligen Gleichstellung.“ Gründe  
7 nennt sie dafür keine, außer ihre eigene Unsicherheit.

8 Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte konstatiert:

9 „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit  
10 Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit  
11 begegnen.“

12 **Daher ist im demokratischen Rechtsstaat Gleichberechtigung eine**  
13 **Selbstverständlichkeit. Um nichts anderes geht es bei der Ehe für alle.**

14 Vom Prinzip der Gleichbehandlung darf im Rechtsstaat nur abgewichen werden, wenn  
15 die Ungleichbehandlung einem legitimen Ziel dient, zur Erreichung dieses Zieles  
16 erforderlich ist und als Mittel für diesen Zweck angemessen ist. *An diesem Maßstab*  
17 *gemessen gibt es keine Begründung für das Eheschließungsverbot für*  
18 *gleichgeschlechtliche Paare.* Und ein diffuses Unwohlsein trägt keines der drei Kriterien.

19 Das überwältigende Votum der Irinnen und Iren mit einer annähernden 2/3-Mehrheit hat  
20 der Welt vor Augen geführt, worum es geht: Die Ehe für alle nimmt den heterosexuellen  
21 Menschen nichts, gibt aber der ausgegrenzten Minderheit der Lesben und Schwulen  
22 gleiches Recht und gibt ihnen in der Gesellschaft als Gleiche ihren Platz. Die irische  
23 Jugend hat dies erkannt und mit beispielhaften Engagement für diese Perspektive  
24 gekämpft. Menschen kamen von weit her geflogen, um ihre Stimme für ein Irland der  
25 Gleichheit und des Respekts abzugeben.

26 In Deutschland wären die Mehrheiten bei einer Volksabstimmung wohl nicht wesentlich  
27 anders als in Irland. Dennoch verharrt Deutschland Dank der bisherigen Blockade der  
28 Union gesellschaftspolitisch im 20. Jahrhundert.

29 **Diese Blockade muss überwunden werden!**

30 **Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW unterstützen jede Initiative in Bundestag und**  
31 **Bundesrat, die diese Blockade überwindet. Parteipolitik muss bei dieser Frage**  
32 **jetzt zurücktreten.**

33 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat dazu mitgeteilt:

34 „Nach dem Volksentscheid in Irland für die Einführung der Homo-Ehe hat die Leiterin  
35 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, eine  
36 fraktionsübergreifende Initiative für die Öffnung der Ehe im deutschen Bundestag  
37 angemahnt. „Das Recht auf Heirat für Lesben und Schwule ist ein Menschenrecht – das  
38 gehört nicht in die Parteipolitik. Ich fände es gut, wenn der Bundestag ohne  
39 Fraktionszwang darüber abstimmen würde“, sagte Lüders in Berlin.“

40 **Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW unterstützen diesen Vorschlag der**  
41 **Antidiskriminierungsstelle des Bundes.**

42 In einem demokratischen Rechtsstaat darf die Mehrheit nicht grundrechtswidrig die  
43 Rechte einer gesellschaftlichen Minderheit einschränken. Wenn eine demokratische  
44 Minderheit eine Mehrheit daran hindert, eine gesellschaftliche Minderheit gleich zu  
45 berechtigen, befinden wir uns in einer konstitutionellen Krise.

46 Davon kann auch Heiko Maas mit seinem Gesetzentwurf „Ehe Ultralight“ nicht  
47 ablenken. In 150 Regelungen in 54 Gesetzen und Verordnungen werden Ehe und  
48 Lebenspartnerschaft unterschiedlich behandelt. Wenn jetzt davon nur ein Bruchteil  
49 geändert wird, setzt das SPD-geführte Justizministerium noch nicht einmal den  
50 Koalitionsvertrag um, der immerhin versprach: „Rechtliche Regelungen, die  
51 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen.“  
52 Die SPD, die im Wahlkampf vollmundig „100 % Gleichstellung – nur mit uns“ versprach,  
53 knickt als Koalitionspartnerin Merkels bei der Gleichstellung gänzlich ein.

54 Umso mehr ist es notwendig, die unterdrückenden Seiten des Rechts, die von  
55 Rechtskonservativen krampfhaft hochgehalten werden, zu beenden. Wir GRÜNE NRW  
56 werden deshalb weiter mit Nachdruck Bundestag und Bundesrat dazu auffordern, im  
57 Sinne des Gleichheitsgrundsatzes die Ehe für alle Bürger\*innen, unabhängig vom  
58 Geschlecht, zu öffnen.